

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung monatlich 10 Mk. durch unsere Kundigen zugewandt in der Stadt monatlich 10 Mk. auf dem Lande 12 Mk. durch die Post bezogen Vierteljährlich 30 Mk. mit Postgebühren. Alle Postgebühren und Postkosten (siehe unsere Zusteller und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises.



Zeitungserwerb 10 Mk. für die 6 getheilte Korrespondenz oder deren Raum, Namen, die 2 getheilte Korrespondenz 12 Mk. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechender Preisnachlass. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 getheilte Korrespondenz 10 Mk. Nachzahlungsbetrag 20 Pfg. Kasseannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Abholung der durch Fernruf übermittelten Ausgaben übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abbestellungsantrag erfolgt, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung geht.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Druckerei: Arthur J. Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästner, für den Inserententeil: Arthur J. Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 41

Freitag den 17. Februar 1922.

81. Jahrgang

## Ämtlicher Teil.

### Mehl- und Brotpreise.

Nachdem sich die Reichsgetreidestelle im Hinblick auf die Verschlechterung unserer Valuta und den vom Reich unter dem Druck des Feindbundes beschlossenen Abbau der Reichszuschüsse zur Verbilligung des Brotes gezwungen gesehen hat, die an sie zu entrichtenden Getreidepreise mit Wirkung vom 19. Februar d. J. fast zu verdoppeln, nämlich

für Roggen von 2700 Mk. auf 5250 Mk. pro Tonne  
Weizen 2900 5675

zu erhöhen, wird nach Anhörung des Ernährungsausschusses für das Gebiet des Kommunalverbandes Meißen-Stadt und Land für die aus Umlagegetreide hergestellten Erzeugnisse an Mehl, Brot und Semmeln mit Wirkung vom 20. Februar 1922 ab folgendes bestimmt:

1. Der Mehlhöchstpreis, den die Bäcker und Mehlhändler für den dz Mehl, frei Bäckerei, an die Mühle zu entrichten haben, beträgt ab 20. Februar 1922

633,50 Mk. für Roggenmehl,  
683,50 " Weizenmehl,  
753,20 " Krankenmehl.

2. Die Bäcker und Mehlhändler haben vom 20. Februar 1922 ab bei der Ausstellung der Bezugscheine für den dz Mehl 12,50 Mk. Gebühr (5 Mk. für den Kommunalverband und 7,50 Mk. Ausgleichsgebühr) zu entrichten.

3. Die Bestimmungen über die Zurückvergütung und Entrichtung der Gesellenausgleichsgebühren bleiben wie bisher.

4. Für die am Abend des 19. Februar 1922 vorhandenen Bestände an Roggen- und Weizenmehl haben die Bäcker und Kleinhändler gemäß Anordnung der Reichsgetreidestelle zur Abführung an diese die Differenz zwischen dem bisherigen und dem neuen Mehlpreis mit Gebühren an den Kommunalverband zu entrichten.

Die Mühlen und Mehlgroßhändler haben für die am 19. Februar 1922 bei ihnen vorhandenen Mehl- und Getreidebestände die Differenz zwischen dem vom 20. Februar 1922 ab frei Bäckerei gültigen und dem bisherigen Mehlpreis bzw. dem neuen und dem alten bis zum 19. Februar gültigen Getreidepreis an den Kommunalverband abzuführen.

5. Die Mehlhöchstpreise, die die Bäcker und Mehlhändler fordern dürfen, betragen ab 20. Februar 1922 beim Bezuge von weniger als 20 kg

für Roggenmehl		für Weizenmehl		für 70%iges Krankenmehl:	
7,25 Mk. für 1 kg	1140 g	8,— Mk. für 1 kg	1140 g	8,50 Mk. für 1 kg	1140 g
8,25	300 g	9,15	300 g	9,70	300 g
2,20	240 g	2,40	240 g	2,55	240 g
1,75	60 g	1,95	60 g	2,05	60 g
0,45		0,50		0,55	

6. Die Brotpreise für das Schwarzbrot betragen vom 20. Februar 1922 ab:

2,95 Mk. für 1 Pfund  
5,90 " " 2 "  
8,85 " " 3 "  
11,20 " " das 1900 g-Brot.

7. Vom 20. Februar 1922 ab beträgt der Höchstpreis für die Semmel mit einem Gewicht von mindestens 70—75 g 60 Pfg.

8. Erfolgt bereits am 18. oder 19. Februar 1922 eine Abgabe von Brot, Semmel- und Mehlmengen auf Brotmarken, die erst ab 20. Februar Gültigkeit haben, so sind dafür bereits die neuen Preise zu zahlen, weil die Bäcker auch für diese Waren den unter 4. festgesetzten Differenzbetrag zur Abführung an die Reichsgetreidestelle an den Kommunalverband entrichten müssen. Wie den Bäckern und Mehlhändlern bereits durch besondere Verfügung mitgeteilt worden ist, dürfen die vom 20. Februar ab gültigen Brotmarken erst mit der Bestandsanzeige vom 15. März 1922 verrechnet und abgeliefert werden.

9. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden nach dem Reichsgetreidestellengesetz für die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 bezw. auf Grund des Höchstpreisgesetzes bestraft.

Meißen, den 15. Februar 1922.

7 II E.

Kommunalverband Meißen Stadt und Land.  
(Die Amtshauptmannschaft.)

Die Feuerungszuschläge an Privatunterbleibene und Beschädigte werden Freitag, den 17. d. M. vormittags 9—12 Uhr in der Stadtkasse ausgezahlt.  
Wilsdruff, am 16. Februar 1922. Der Stadtrat.

Die nach § 16 der Bestimmungen über die Einrichtung, Reinhaltung und Prüfung der pneumatischen Bierdruckvorrichtungen im Bezirke der Amtshauptmannschaft Meißen vom 30. Dezember 1907 zu erhebenden Gebühren für Prüfungen der Bierdruckvorrichtungen sind für den Stadtbezirk Wilsdruff mit Genehmigung der städtischen Kollegien erhöht worden und betragen nunmehr:

- Für die erstmalige Prüfung einer Handdruckpumpe (oder einer sonstigen Bierdruckvorrichtung, sowie für die erste Prüfung wesentlich veränderter Bierdruckvorrichtungs-Anlagen) 7,50 Mk.
- Für jede ordentliche Prüfung:
  - einer Vorrichtung mit einer Rohrleitung 2,50 Mk.
  - zwei Rohrleitungen 3,25 "
  - drei 4,00 "
  - vier 4,75 "
  - fünf und mehr Rohrleitungen 5,00 "
- Handdruckpumpe 2,50 "
- zweier Handdruckpumpen 3,25 "
- dreier und weiterer Handdruckpumpen 4,00 "
- Für jede Nachprüfung 7,50 "

Wilsdruff, am 10. Februar 1922.

Der Stadtrat.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Die Reparationskommission hat die Vollmacht erhalten, die Höhe der deutschen Zahlungen im Jahre 1922 festzusetzen.

\* Im bayerischen Landtag wandte sich Graf Verchenfeldt gegen die Franzosierungspolitik im besetzten Saargebiet.

\* Die sozialistische Fraktion im belfgischen Parlament hat einen Gesetzentwurf zur Abklärung der militärischen Dienstpflicht auf sechs Monate eingebracht.

\* Wie mitgeteilt wird, hat die jugoslawische Regierung beschlossen, auf die ihm kraft des Friedensvertrages zustehenden Rechte auf Beschlagnahme des deutschen Eigentums in Jugoslawien zu verzichten.

\* Im englischen Unterhaus gab der Minister Montagu eine Erklärung ab, wonach die Lage in Indien sehr ernst sei.

\* Zwischen Frankreich und Rußland soll ein Abereinkommen zur französischen Hilfe für Rußland auf Kosten Deutschlands abgeschlossen worden sein.

### Mehrheit für Dr. Wirth.

220 Ja, 185 Nein.

Bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für das Kabinett Dr. Wirth im Reichstag wurden abgegeben für das Vertrauensvotum der

Regierungsparteien 220 Stimmen,  
dagegen 185 Stimmen.

Die Mehrheit für den Kanzler beträgt also 45 Stimmen. Es lagen 16 Stimmenthaltungen vor. Die eingebrachten Mißtrauensanträge waren durch die Annahme des Vertrauensvotums erledigt.

### Hüben und drüben.

Von einem in die Parteiverhältnisse genau eingeweihten Politiker wird uns geschrieben:

Der immer nur das Recht auf der einen, das Unrecht auf der anderen Seite sucht und findet, der hat es ungemein leicht, in den politischen Wirren dieser Tage den Kompaß für seine Urteilsbildung zu richten. Die Partei-

blindheit ist auch leider Gottes im deutschen Volke schon so weit vorgeschritten, daß es fast unmöglich geworden ist, ruhigeren Erwägungen Gehör zu verschaffen, oder gar in diesem Lager Gläubige dafür zu werben, daß in jenem Lager nicht alles, was geschieht, auf Haß und Selbsthuch und Gemeinheit beruht, im eigenen nicht alles Gold ist, was glänzt. Die Leidenschaftlichkeit bederrt die Stunde, selbst, was wir einst Burgfrieden genannt haben, endgültig zum Teufel gegangen ist. Und doch sollte jeder, der es gut meint mit seinem Vaterlande, nicht auf den Versuch verzichten, Licht und Schatten einigermaßen gleichmäßig zu verteilen, oder, um bestimmter zu sprechen, den Gegner nach den wahren Motiven seines Handelns begreifen zu lernen.

Wie steht es denn bei dem unseligen Kampfe um Dr. Wirth, dessen Reigen wir in diesen Tagen gewesen sind? Der äußerste Flügel der Rechten, die Deutsche nationale Volkspartei, hat aus ihrer unbedingten Gegnerschaft gegen diesen Zentrumsmann zum ersten Anbeginn seiner Tätigkeit kein Hehl gemacht. Denn die Zeiten, da die Rechte und das Zentrum sich im großen und ganzen gut verstanden, sind längst vorüber; die Tätigkeit Ergbergers hat so tiefe Spuren in dieser ausgesprochenen Mittelpartei hinterlassen, daß die hier eingetretene Entfremdung unmöglich nur vorübergehenden Charakter tragen konnte. Herr Dr. Wirth ist nach der Ansicht der Rechtsstehenden der Kanzler nach dem Herzen der Sozialdemokratie, ja sogar nach dem Herzen der Unabhängigen, und die Deutschnationalen sind der Überzeugung, daß die damit gegebene Unklarheit unserer gesamten Politik dem deutschen Volke nachgerade teuer genug zu stehen gekommen ist.

Von der äußersten Rechten werden für ihre Haltung folgende Gründe angeführt: Die unbedingte Ergebenheit gegenüber den Anforderungen des Versailler Vertrages, der mit bürren Worten ausgesprochene Entschluß, im Innern nichts zu tun, was von seinen Fremden auf der Linken gemißbilligt werden könnte, mußte die äußerste Rechte bei aller Bereitwilligkeit, auch ihrerseits positiv an dem inneren Aufbau des Reiches mitzuarbeiten, in die unbedingte Opposition treiben. Daß sich seit der Konferenz von Cannes zum mindesten die Möglichkeit einer Erleichterung unserer auswärtigen Lage erschlossen hat, läßt man nicht als ein Verdienst des gegenwärtigen Reichskanzlers

gelden. Auch ohne ihn hätten, nach Meinung der Deutschnationalen, die fremden Mächte einsehen müssen, daß es so wie bisher mit Deutschland nicht weitergehen könne. Und schließlich hätten die traurigen Erfahrungen der letzten Streitwochen das Volk zum Ueberlaufen gebracht; eine Regierung, die bei allem, was sie tut oder unterläßt, auf die Stimmung der Massen Rücksicht nehme, und die trotzdem von eben diesen Massen und den sie beherrschenden Parteien und Organisationen in eine so ungeheure kritische Lage gebracht werden könne, eine solche Regierung habe das Recht verlohren, das Vertrauen des Volkes für sich in Anspruch zu nehmen, eine solche Regierung verwerflich auch die letzten materiellen und ideellen Staatswerte, die uns noch geblieben sind, eine solche Regierung könne unmöglich auch im Auslande in dem Sinne als verhandlungsfähig anerkannt werden, wie sie es selbst für sich in Anspruch nimmt. Also reiner Fisch gemacht werden, damit wir, bevor die Dinge noch tiefer dem Abgrund zugerollt seien, zu besseren Verhältnissen kommen.

Nicht viel anders denkt und spricht die Deutsche Volkspartei: Gewiß, sie verneint nach Möglichkeit überdeutliche Worte, sie verschleiert sich nicht der Zwangsläufigkeit unserer Entwicklung, sie möchte vermitteln, soviel es geht, möchte auch mitarbeiten, das Staatsgeschiff wenigstens einigermaßen in mittlerem Fahrwasser zu halten. Sie war eben drauf und dran, durch die Zustimmung zur Zwangsanleihe der großen Koalition in den Sattel zu steigen — als durch sonderbare „Unstimmigkeiten“ an der leitenden Stelle ihr kaum gedämpftes Mißtrauen gegenüber den wahren Absichten des Kanzlers jäh wieder hervorbrach. Man kann diese mehr persönlich gefärbten Bedenken kleinlich finden; aber die Deutsche Volkspartei kann offenbar den Verdacht nicht los werden, daß Herr Wirth sich ihrer für seine Politik bedienen wolle, daß er aber zugleich durch seine Abhängigkeit von der Sozialdemokratie daran verhindert werde, aus dieser Abhängigkeit der Deutschen Volkspartei diejenigen politischen Folgerungen zu ziehen, auf denen schließlich jede Partei von Ehr- und Selbstgefühl umwickelt werden muß. Auf denen, in ähnlicher Lage, selbstverständlich auch die Sozialdemokraten stets bestanden haben. Die Deutsche Volkspartei sieht also gerade in der Persönlichkeit Dr. Wirths das eigentliche Hemmnis für eine durchgreifende Klärung unserer politischen Lage, und so ist sie in die

Opposition gegangen — selbstverständlich mit dem Hintergedanken, von hier aus durch Anwendung der parlamentarischen Mittel, über die jede Opposition unter den heurigen Verhältnissen verfügt, unmittelbar zur Macht zu gelangen.

Dass sie dabei auf die — negative — Mitwirkung der äußersten Linken angewiesen ist, ist der schwächste Punkt in ihrer Kalkulation. Die Kommunisten kommen in der parlamentarischen Kritik dieser Tage nur sehr nebenher in Betracht; warum sie gegen Birch und seine Anhänger zu Felde ziehen, kann man sich ohnedies denken, und das sie, wie auch immer die Dinge liegen mögen, gegen jede Regierung stimmen werden, der sie selbst nicht angehören, weiß man nicht erst seit heute und gestern. Schwieriger schon ist es, hinter die wahren Meinungen und Wünsche der Unabhängigen zu kommen. Sie dürfen sich nicht den Anschein geben, einer „arbeiterfeindlichen“ Regierung gegenüber Milde walten zu lassen, sie fühlen sich aber doch nicht so frei von jeder Verantwortlichkeit für den Gang der Ereignisse, wie ihre Brüder zur Linken. Dieses Gefühl der Verantwortlichkeit wird ihnen auch von rechts her, von der Mehrheitssozialdemokratie, dringend nahegelegt, und die Vorstellung, daß, wenn auch noch nicht heute, so doch vielleicht in absehbarer Zeit eine rein sozialistische Regierung auch im Reiche einmal zu haben sein werde, ist ihnen Grund genug, eine Opposition um jeden Preis doch bedenklich zu finden. Das wissen die Regierungsparteien, und darin ist für sie die Möglichkeit gegeben, beim Verlassen der Deutschen Volkspartei sich einer Erweiterung der Regierungsbasis nach links hin zuzuwenden. Wozu man sich aber doch nur im alleräußersten Falle entschließen möchte, denn gegen ein intimeres Verhältnis mit den Unabhängigen haben die beiden bürgerlichen Parteien die schwersten Bedenken. Einmal auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, die heutzutage doch wirklich nicht ernst genug genommen werden kann, dann aber auch, gewirgt durch die Streik-erfahrungen der letzten Zeit, auf dem Gebiete der Beamten- und Staatsautorität, wo man leicht ins Uferlose fällt, wenn nicht rechtzeitig halt gemacht wird. So erklärt sich der noch in zwölfster Stunde erneut unternommene Versuch der Demokratie, der viel bedenklichen großen Koalition die Wege zu ebnen — man glaubt sich vor einem Fakt mit den Unabhängigen, der vom Standpunkt der beiden bürgerlichen Regierungsparteien ungleich gefahrvoller ist als ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei. Da aber die Mehrheitssozialdemokraten hier nicht abtrübselt haben, bleibt nur noch die eine Entschlüsselung zwischen rechts und links übrig. So weit mußte es schließlich, allen Kompromiss-naturen zum Trost, einmal kommen.

Druck von innen und Druck von außen, das ist und bleibt das Kennzeichen unserer politischen Lage. Die einen wollen sich sagen, um dem Volke noch Schlimmeres zu ersparen, die ändern wollen aufgeben, um nicht immer noch tiefer in Elend und Willenslosigkeit zu versinken. Man sollte diesen willigen Motiven menschliches Verständnis nicht verweigern — und das Urteil darüber, wo hier Recht, wo hier Unrecht zu finden ist, der Geschichte überlassen.

## Die entscheidende Reichstagsitzung.

(Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter).  
21. Berlin, 15. Februar.

Nachdem die heutige Sitzung unter ziemlichem Interesse und vor schwach besuchtem Hause begonnen hatte, füllten sich, als die Stunde der Abstimmung für oder gegen den Reichstagspräsidenten, Saal und Tribünen mehr und mehr. Einige Tribünen konnten kaum die Menge der erschienenen Besucher fassen. Endlich erklärte Präsident Lohde, daß die Beratung über das Reichsmietengesetz abgebrochen und man zu dem nächsten Punkte übergehen werde. Vorher aber trete eine Pause von zehn Minuten ein. Diese Pause wurde von mehreren Fraktionen benutzt, um nochmals Besprechungen abzuhalten.

## Die Grafen von Freydeck.

70] Roman von A. Ostland.

Mit einer seltsamen Empfindung dachte Freiherr von Wilmigen daran, wie kühl er vor kurzen Stunden selbst Georg Günther und seinem Leid gegenüberstanden. Nun rückte sich das Schicksal und nahm ihm mit grauer Hand den letzten goldenen Traum seines Lebensbestes, so wie er dem Jungen, Unerfahrenen gelassen den Traum seiner Jugend raubte.

Diese Stunden hatten ihm das letzte, farge Restchen Sonne gestohlen, das noch am Abendhimmel seines Lebens glühte, und vor ihm lag nun nur noch die lange, dunkle Nacht, eine Nacht, auf die kein Morgen folgt.

16. Kapitel.

### Hans Rufenbachs Erlebnis.

Räthe Verlach sah an dem breiten Schreibtisch in ihrem behaglichen Mädchenzimmer. Sie hielt die Feder in der Hand, aber sie schrieb nicht, sondern sah starr auf eins der schönen Bilder, welche die Wand gegenüber schmückten.

Aber ihre Gedanken waren nicht bei dem, was ihre Augen sahen, das merkte man an dem gespannten, wechselnden Ausdruck ihrer beweglichen Züge. Dann und wann hob sie wie lauschend den Kopf, und jedesmal floß ihr Auge eine Sekunde lang durch das angrenzende Speisezimmer, zu dem die Türen offen standen.

Dort war ein hübsch gedeckter Tisch sichtbar, über dem eine schon entzündete Hängelampe schwebte. Die Lichtstrahlen spiegelten sich in den blanten Tellern, den feingeschliffenen Gläsern, den gepuzten Bestecken. Alles atmets Frieden, Ruhe und Behagen.

Das Gesicht des jungen Mädchens paßte allerdings nicht in diesen Rahmen.

Räthe Verlach war in diesen letzten Wochen noch blasser und durchsichtiger geworden. An ihren Schläfen schimmerten die blauen Adern deutlich durch die Haut. Um die schönen Augen lag ein müder Zug, und um den Mund hatte sich eine scharfe Linie festgesetzt, welche von stillgetragenem Leid, von Sorge und Kummer deutlich sprach.

Als jetzt die elektrische Klingel im Vorzimmer laut erklang, schrak Räthe zusammen. Ein Zittern flog durch ihren Körper, als sie sich erhob. Und doch hatte sie seit zwei endlos scheinenden Stunden auf diesen Ton gewartet.

Erich?

Sie hatte die Tür nach dem Vorraum geöffnet, aber enttäuscht wich sie zurück. Nicht Erich Günthers schlank, jugendliche Gestalt trat ihr entgegen, sondern aus dem Halbdunkel, das hier noch herrschte, tauchte die Figur

Als die Sitzung wieder eröffnet wurde, war jeder Platz im Saal wie auf den Tribünen besetzt. Die Minister erschienen, an ihrer Spitze der Reichskanzler, nur der Reichstagspräsident Dr. Kauffmann fehlte. Der deutsche nationale Abgeordnete Hergt richtete die Frage an den Reichskanzler, ob das von den Reichstagsparteien eingebrachte Vertrauensvotum „der Reichstags“ billigt die Erklärungen der Reichsregierung“ dem entsprechende, was der Reichskanzler fordere. Der Reichskanzler antwortete kurz, eine Reihe von Erklärungen schloß sich an.

### Sitzungsbericht.

(170. Sitzung.) CA. Berlin, 15. Februar.

Der Anfang der heutigen Verhandlungen verlief rein geschäftlich. Die demokratische Interpellation über den Bericht von Baren aus dem besetzten und unbesetzten Gebiet, die an der Spitze der Tagesordnung stand, soll, wie ein Regierungsbereiter mitteilte, in der geschäftsordnungsmäßigen Zeit beantwortet werden. Alsdann wurde die

zweite Lesung des Reichsmietengesetzes fortgesetzt.

Abg. Bahr (Dem.) erklärte, die Verschlechterung der Situation trägt zur Verschlimmerung des Wohnungslebens erheblich bei. Es wird in Deutschland erst besser werden, wenn man zur Einsicht kommt, daß wir nicht mehr verdrängen dürfen, als wir selbst erzeugen. In etwa zehn Jahren wird vielleicht ein Gleichgewicht zwischen Wohnungsbedarf und Wohnungsbestand erzielt sein. Früher wird keinesfalls eine Besserung eintreten.

Abg. Jaus (Wahr. Volksp.) bemerkte, das vorliegende Gesetz ist außerordentlich bürokratisch. Es ist unübersichtlich. Alle Gesetze, die aus dem Reichsarbeitsministerium herauskommen, gehen darauf aus, eine Unmenge von Beamten hier und da unterzubringen. Wenn diese Gesetzmacherei so weiter geht, so haben wir bald keine Arbeitslosen mehr in Deutschland.

Nach Abbruch der Besprechungen über das Reichsmietengesetz folgten die Abstimmungen

### für oder gegen den Kanzler

beginnen. Der Kanzler Dr. Birch war mittelfristlich am Regierungstisch erschienen, mit ihm das gesamte Kabinett, außer Dr. Kauffmann.

Abg. Hergt (Deutschl.) richtete an den Reichskanzler die Frage, ob das von den Reichstagsparteien eingebrachte Vertrauensvotum „Der Reichstag billigt die Erklärungen der Reichsregierung“ dem positiven Vertrauensvotum entspreche, das er, der Reichskanzler, verlangt habe, ob diese Erklärung „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung“ diejenige Klarheit schaffe, auf die der Reichskanzler gedrungen habe.

Abg. Crispian (U.-Soz.) führte in längerer Rede aus, daß die Erklärung der Reichsregierung sich auf die Streikfrage bezog und daß es sich bei diesen Streitfragen um eine Bedrohung der Grundrechte der Arbeiter und Beamten gehandelt habe. Weiter ging der Redner auf die Maßnahmen ein, die gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Eisenbahn vorgenommen oder eingeleitet worden sind. Er verlangte eine Nachprüfung der Maßnahmen, eine Aufhebung der Kündigungen und Verschickens andere. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß wir für die Erklärung der Reichstagsparteien, die sich auf die Behandlung des Streiks beziehen, nicht stimmen können.

### Reichskanzler Dr. Birch

nahm nun das Wort und beschränkte sich auf eine kurze Erklärung. Er betonte, daß das Vertrauensvotum der Reichstagsparteien „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung“ sich auf alle Erklärungen der Regierungen beziehe, und daß bei diesen Erklärungen besondere Rücksicht auf die auswärtige Politik genommen werden müsse, die gegenwärtig die Hauptrolle spiele.

Reichsverkehrsminister Groener wurde von der äußersten Linken mit „Hundstot“ empfangen. Der Außer war der Abg. Hofmann (Komm.). Er erhielt dafür einen Ordnungsruß. Der Minister bekehrte sich auf eine kurze Erklärung über die Absicht seiner Maßnahmen gegen die Streitenden. Nichtführende im Streik würden in ihre bisherigen Rechte eingesetzt. Wilschauer würden nicht bestraft.

Abg. Dr. Beteres (Dem.) gab eine Erklärung ab, wonach die demokratische Volkspartei es ablehne, ihre Stellung durch halbflohe Kombinationen beeinflussen zu lassen. Sie hält es für Pflicht der Partei, sich an die Erklärung der Regierungsbereiter im Parlament zu halten.

der Baronin von Berghaus —) neben der hageren Gestalt des Freiherrn von Wilmigen.

Den letzteren hätte Räthe kaum erkannt, so alt war er in den wenigen Tagen geworden. Als sie die Tür öffnete, kam er ihr schon entgegen:

„Liebes Fräulein, Sie entschuldigen unseren Ueberfall. Auch die Baronin — hm — sie ist erst seit wenigen Stunden in Wien — ja —“ er räusperte sich verlegen. „Ich habe natürlich telegraphiert — da kam die Baronin lieber selbst. Und — sie hat uns einige Mitteilungen zu machen — sehr merkwürdige Mitteilungen —“

Der alte Herr verlor den Faden seiner Rede. Und die Frau neben ihm, deren harte Anklage so bloß zwischen den Falten des Trauerschleiers hervorleuchtete, diese weltgewandte, selbstsüchtige Frau, fand so schwer eine Anknüpfung diesem Mädchen gegenüber, das sie vor nicht allzu langer Zeit schroff aus dem Hause gewiesen.

Räthe Verlach dachte im gleichen Augenblick an das selbe. Aber sie begriff, daß die Baronin einen gewichtigen Grund haben mußte, wenn sie ihren Stolz so weit überwand, zu ihr zu kommen.

„Berufen diese Mitteilungen Hilda Wentheim?“ fragte Räthe, indem sie die Baronin vorantreten ließ in ihr Zimmer. „Hat man eine Spur von ihr gefunden?“

Die alte Frau ließ sich schwerfällig in einen Sessel nieder. Sie schüttelte den Kopf.

„Nichts.“  
Das eine Wort kam rauh von ihren Lippen; es klang fast so, als sei ihre Selbstbeherrschung vollkommen zu Ende.

Räthe übte etwas wie Mittel.

„Vater hatte bis Mittag auch keinerlei Nachrichten.“ sagte sie stöhnend, „obgleich er überall nachforschen ließ. Auch von dem Fremden fehlt jede Spur. Eine Hausdurchsuchung hat gar kein Resultat ergeben. Seine Papiere scheinen bei der polizeilichen Meldung vollkommen in Ordnung gewesen zu sein.“

Hebrägers sagt der Portier des Hauses aus, daß der Herr häufig verreise, ohne irgendeine Adresse anzugeben. Der Mann nimmt an, dies sei auch diesmal der Fall.

Er hat niemand aus — und eingehen sehen. Nirgends ist eine Spur, welche darauf hinweist, ob das Verschwinden Hildas mit der Abwesenheit jenes Herrn wirklich in Zusammenhang steht.“

Freiherr von Wilmigen ging mit unruhigen Schritten im Zimmer auf und ab.

„Und sonst — sonst brachte Ihr Vater keine Nachricht?“

„Keine!“

„Aber ich.“ unterbrach die Baronin die Stille, welche Sekundenlang geherrscht hatte, „ich muß Ihrem Vater — auch Ihnen — Fräulein Verlach, etwas erzählen. Deshalb bin ich hier. Ich — ich muß Ihnen sagen, daß — daß Hildas Eltern nicht — nicht tot sind!“

Abg. Kernen (Komm.) beglückwünschte die ablehnende Haltung der äußersten Linken.

Abg. Pittmann (U.-Soz.) wandte sich gegen die Erklärung des Reichsverkehrsministers.

Abg. Leich (Wahr. Volksp.) betonte, daß seine Partei keine der vorliegenden Voten billigen könne, was sie daher sich der Stimme enthalten werde.

Abg. Marx (Zentr.) betonte, daß seine Partei vom Vertrauensvotum der Reichstagsparteien zustimme, was wiederum die ungemeine Bedeutung der bevorstehenden Abstimmung namentlich in außenpolitischer Hinsicht hin. Damit war die Auseinandersetzung beendet und es begann die Abstimmung. Sie ergab die Annahme des Vertrauensvotums für den Kanzler.

## Politische Rundschau. Deutsches Reich.

### Die deutschen Zahlungen für 1922.

Aus Paris wird gemeldet, es sei eine Entscheidung in der Reparationsfrage getroffen worden. Die Reparationskommission solle, wie Frankreich es verlangt habe, damit beauftragt werden, den Betrag der deutschen Zahlungen für das Jahr 1922 festzusetzen. Alsdann würden die alliierten Finanzminister gemäß einem britischen Vorschlag in London zusammenkommen, um sich über die Verteilung der deutschen Zahlungen zu einigen.

### Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Calonder haben die Arbeiten der Konferenz begonnen. In dem Austausch für Minderheitschutz überreichte die deutsche Abordnung dem Vertreter des Präsidenten, Herrn Colban vom Völkerbundsekretariat, einen ausführlichen Entwurf, in dem das Minderheitenproblem im Hinblick auf Sprache, Schule und Kirche in seinen Einzelheiten behandelt wird.

### Reform des Ehe- und Strafrechts.

Im Hauptausschuß des Reichstages machte Reichsjustizminister Dr. Radbruch Angaben über die Vorbereitungen zur Reform des geltenden Rechts. Die große Reform des Strafrechts und Strafprozesses werde auf das nächste beschleunigt, die Aufstellung des neuen Strafrechtbuchs, die der einer neuen Strafprozessordnung und des Strafvollzugsgesetzes vorangehen soll, werde im Justizministerium voraussichtlich im Sommer dieses Jahres beendet sein. Das Recht der außerrechtlichen Kinder unterliege einer Neuordnung; auch die Frage der Änderung des Eheabschließungsrechts werde geprüft. Schließlich sei die Reform der juristischen Vorbildung in Angriff genommen.

### Auf der Suche nach Erzbergers Mördern.

Wie aus Budapest gemeldet wird, hat die Budapester Oberstadthauptmannschaft auf Ersuchen des Offenburger Landgerichts einen Steckbrief gegen die der Ermordung Erzbergers Beschuldigten, des Münchener Kaufmanns Heinrich Schulz und des ehemaligen Oberleutnants Heinrich Eilensen, die sich in Ungarn aufhalten sollen, erlassen. Auf die Ergreifung ist eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt. Für die Auffindung der Genannten sind auch deutsche Geheimpolizisten nach Budapest gekommen, die vor drei Tagen ihre Nachforschungen abgeschlossen haben und wieder nach Deutschland zurückgelehrt sind.

### Die Stärke der englischen Truppen in Deutschland.

Im Unterhaus hat der englische Kriegminister auf eine Anfrage erklärt, daß die englischen Truppen am Rhein gegenwärtig sich auf 4700 Mann und in Schlesien auf 4800 Mann belaufen. Die Engländer in Schlesien sind aus den Garnisonen im Rheinland einmommen worden. Sobald die Aufgabe der schlesischen Garnisonen erfüllt ist, werden die englischen Bataillone aus Schlesien zurückgezogen werden.

### Aus In- und Ausland.

Paris. Nach einer Meldung aus Mexiko ist General Antonio Trubena, der wegen Rebellion vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden war, erschossen worden.

„Hildest Eltern?“  
Das junge Mädchen hatte die Worte lächelnd hervorgeprochen. Und noch zwei Stimmen sprachen sie nach. Im Rahmen der schweren Portiere standen Doktor Gerlach und Erich Günther. Man hatte ihr Klingeln überhört.

„Was wollen Sie damit sagen, Frau Baronin?“ fuhr Gerlach rasch fort, seinen Hut ohne alle weitere Zeremonie auf den Tisch werfend, während Erich wie zu Tode ermüdet sich niederließ. „Ich nehme natürlich an, daß nur triftige Gründe Sie zu uns führen. In allen den seltsamen Phasen dieses anzen Prozesses und seiner Folgen war ja Rot Stegmann Ihr treuer Berater. Es sollte mich wundern, wenn Sie, Frau Baronin, nun hierher kämen, ohne daß ein zwingender Grund vorliegt.“

Die alte Frau war zusammengekratzt bei dem kalten Ton, in dem Gerlach diese Worte sprach. Aber ihr Stolz ließ sie diesmal nicht zu. „Aber ihr Stolz ließ sie diesmal nicht zu.“ Sie lächelte es, er hatte ein Recht, so zu sprechen.

„Die Eltern Hilda Wentheims sind, soweit ich weiß, nicht tot“, wiederholte die Baronin. „Sie haben nur die Gelegenheit jenes Schiffbruches benutzt, um zu verschwinden und — für ihre einjährigen Reife — nicht mehr aufzutreten. Sie hatten ja wohl auch ihre triftigen Gründe hierzu.“

Rein Neffe Hugo hat vor Jahren auf Umwegen davon erfahren, daß Wentheim in Amerika lebt. Er verließ dies seinem Vater, um den alten Herrn nicht noch einmal allen möglichen Aufregungen aussetzen. Ducle soll sich von ihrem Mann getrennt und eine neue Ehe geschlossen haben.“

Erich Günther war aufgesprungen.  
„Und alles dies sagen Sie erst heute, Frau Baronin? Und Hilda? Hatte sie eine Ahnung von alledem?“

Die alte Frau atmete schwer.

„Nein; Hilda glaubte, sie sei eine Waise. Und ich selbst — ich hatte nie mehr an jene Mitteilung gedacht welche uns von einem Freunde Hugos, der in Amerika reiste, zuzug. Wochen Wentheim und Lucie leben — mochten sie gestorben sein — für uns, für die Familie der Freydecks, waren sie sowieso längst tot!“

Das war wieder der alte, unfähig kalte, hochmütige Ton, den Räthe so genau kannte. Und die Züge, in denen erst ein Schimmer von Wohlbehagen aufgeblüht war, wurden wieder hart und undurchdringlich.

Doktor Gerlach schritt aufgeregt hin und her.

„Erich?“ sagte er dann schwer atmend, „denkst du noch an das Abenteuer, welches ich dir erzählte, als ich nach Heidenheim kam? Erinnerst du dich noch jenes Mannes, der sich von dir die Hand verbinden ließ? Ich habe dir die Szene im Eisenbahn-Coups genau geschildert. Wie hieß doch das junge Mädchen — jene kleine Weigerin?“

„Angela Barnini!“

## Franko-russisches Abkommen?

Auf Kosten Deutschlands.

Eine Vorläufe auf ihre Wichtigkeit nicht nachzuprüfende Meldung aus Paris besagt, zwischen dem Vertreter der Sowjetregierung in Paris, Stobolew, und der französischen Regierung sei ein französisch-russischer Vorvertrag abgekommen, in welchem die Sowjetregierung die russischen Vorkriegs- und Kriegsschulden an Frankreich anerkennt. Dafür erkennt Frankreich die Sowjetregierung an und gewährt ihr für den Wiederaufbau Russlands weitgehende Wirtschaftshilfe.

Diese Nachricht wurde schon vor einiger Zeit kolportiert. Das Abkommen soll gleichsam auf dem Rücken Deutschlands abgeschlossen worden sein. Das Abkommen betrifft, wie es heißt, zwei Hauptgegenstände: Einmal soll sich Russland verpflichten, seine im Versailles-Friedensvertrag von der übrigen Entente ihm zugesicherten Rechte auf Wiederaufbaukonto an Frankreich abzutreten, und Frankreich sichert auf Grund dieser Rechte Russland die Lieferung von Sachwerten in Höhe von 300 Millionen Goldfranken aus Deutschland zu. Russland ist damit in die Lage versetzt, ohne Ausfuhr von Gold oder Waren einen großen Teil der Wiederaufbauarbeiten seines Landes auf Kosten Deutschlands zu leisten. Dafür aber erkennt Russland im Grundsatz die Berechtigung der französischen Forderung auf Bezahlung der Vorkriegs- und Kriegsschulden in Höhe von 20 Milliarden Goldfranken an.

Ob diese Angaben richtig sind, kann vorläufig bezweifelt werden, zumal der vorsichtige Ausdruck „Vorvertrag“ gewählt ist. Man ist ja manches von Herrn Poincaré gewohnt, aber schließlich hätte England und vielleicht sogar Deutschland, über das hier verfügt wird, ein Wort mitzusprechen.

## Russlands kommende Entwicklung.

Eine Unterredung mit Krasin.

Der russische Sowjetvertreter Krasin hat sich von London nach Berlin begeben, wo er wichtige Unterredungen mit politischen Persönlichkeiten und Leuten des Wirtschaftslebens haben soll. Vor seiner Abreise von London hatte Krasin eine Unterredung mit dem Berliner Vertreter des Pariser Blattes „Matin“, der dem Russen entgegengegriffen war.

Der Vertreter des jetzigen Russlands sagte dabei, man ginge von einer falschen Voraussetzung aus, wenn man glaube, die russische Revolution sei nur von einer kleinen Gruppe gemacht worden. Sie sei das Werk eines großen, niedergedrückten Volkes, dessen Entwicklung um Jahrhunderte zurückgeblieben sei. Die Bauern und Soldaten seien die Urheber der ersten Bewegung im Oktober 1917 gewesen. Die Führer hätten geglaubt, daß die anderen Länder dem Beispiel Russlands folgen würden. Als man gesehen habe, daß dem nicht so sei, sei der Zweifel entstanden, ob ein sozialistisches Russland in einem kapitalistisch gebliebenen Europa bestehen könne. Das kapitalistische Europa habe Widerstand geleistet und die Angriffe abgelenkt. Trotz seiner Not werde Russland nicht untergehen. Sobald wir einsehen, daß wir das, was wir ererbten, nicht fertig brachten, haben wir unsere Institutionen geändert.

Weiter erklärte Krasin, wenn die Beziehungen zwischen Russland und den fremden Ländern in wirtschaftlicher Hinsicht wieder regulär geworden seien, könne man die sozialistische Methode in gewissen Grenzen abschaffen. In einer beliebigen Fassung könne das Recht nicht normal sein. So habe der sowjetische Staat Organe schaffen müssen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Man habe mit Diktaturen regiert. Das sei in Frankreich während der Revolution genau so gewesen. Französische Wahlen waren damals verfallen, ehe der Code Napoleon geschaffen worden sei. Die Sowjets hofften, rascher zum Ziele zu gelangen. Schließlich erklärte Krasin, daß seine Schwierigkeiten sich bei der Ausführung der Verträge ergeben hätten, die mit ausländischen Verkäufern abgeschlossen worden seien.

Krasin meinte weiter, offenbar, um dem französischen Pressemann einige Äußerungen zu sagen, Russland wolle Frieden mit der ganzen Welt, aber ohne Frankreich werde es diesen Frieden nicht finden. (Selbstverständlich nicht!) Später hoffte man auf die besten Beziehungen. Selbst wenn die französische Regierung und die französische Kammer Russland feindlich gesinnt bleiben würden, sei man überzeugt, die alte Freundschaft wieder zu finden.

## Bismarcks unfreiwilliger Rücktritt.

Neue Zeugnisse eines Zeitgenossen.

So oft und viel schon über die Entlassung des Reichskanzlers Bismarck berichtet worden ist, so werden alle neuen Zeugnisse aus jenen kritischen und verhängnisvollen Tagen immer wieder größte Anteilnahme finden, weil eben damals eine politische Linie sich anknüpfte, die direkt bis in unsere Tage hineinleitet. So findet sich in den Berichten des sächsischen Gesandten in Berlin, Graf Hohenthal und Bergen, die demnachst veröffentlicht werden sollen, folgende anschauliche Schilderung eines Besuches bei Bismarck unmittelbar nach seiner Entlassung:

Herr Bismarck sagte mir sofort bei meinem Eintritt, er müßte der Legation entgegenstehen, als ob sein Auscheiden aus dem Dienste ein freiwilliges gewesen wäre. Er verließ seine hohen Posten gerade im gegenwärtigen Augenblick sehr ungern, denn wenn es schon ohnehin für einen alten Mann schwer sei, sich an ein neues Leben zu gewöhnen, so komme ihm hier hinzu, daß ein Teil seiner Freunde, zu denen er z. B. den Kaiser von Österreich zu rechnen sich gestatte, ihm über sein Auscheiden vorwärts mache, ja dasselbe sogar so ansehe, als habe er die Hilfe in das Korn geworfen. Er wünsche dringend, daß es bekannt würde, daß er wider seinen Willen entlassen worden sei. Allerdings habe er ein Abschiedsgeld eingereicht, er sei aber hierzu durch fortgesetzte Kabselthe von Seiten seines allergnädigsten Herrn gezwungen worden.

Hohenthals Gesamteindruck von der Unterredung war, daß Bismarck „vollständig verbittert“ sei. Damit bestätigt der damalige sächsische Gesandte im wesentlichen die bisher bekannt gewordenen Zeugnisse, die über eine der tragischsten Wendungen der deutschen Geschichte Ausschluß geben.

## Bermischtes.

▲ Eine japanische 2-Millionen-Spende für die deutsche Wissenschaft. Professor Dr. Sawanagai, früherer japanischer Kultusminister und Reformator des japanischen Erziehungswesens, der mit einem Stabe von Mitarbeitern das deutsche und besonders das Berliner Erziehungs-, Schul- und Hygienewesen einer eingehenden Besichtigung unterzog, hat sein Interesse für die deutschen Kulturbewegungen durch eine Reihe wohlthätiger Stiftungen kundgetan. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Dahlem erhielt eine Stiftung in Höhe von 2 Millionen Mark, deren Zinsen beabsichtigt Studenten des Instituts zu Gute kommen sollen.

Eine Summe von 100 000 Mark wurde dem Oberbürgermeister von Berlin für Zwecke der Volkserziehung der Stadt Berlin zur Verfügung gestellt. 20 000 Mark erhielt das Studentenheim der Berliner Universität usw.

▲ Deutschland die größte Luftmacht der Zukunft. In einem Vortrag über das europäische Luftverkehrsweesen sagte der englische Minister für Luftfahrt unter anderem: „Die deutsche Luftfahrzeugindustrie verbandt ihren Aufschwung und ihre vorbildliche Entwicklung ausgedehnten Forschungen. Man kann sich nicht verheißeln, daß Deutschland dank seinen vorzüglichen Polytechnikern und seiner geographischen Lage das am meisten begünstigte Land ist, um die größte Luftmacht Europas, ja der ganzen Welt werden zu können.“

▲ Opfer des Weltkrieges. Einer Ausstellung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf zufolge beläuft sich die Zahl der Vermissten in 12 am Weltkrieg beteiligten Ländern ungefähr auf 6 Millionen, die sich wie folgt verteilen:

Frankreich	1 500 000	Tschechoslowakei	175 000
Deutschland	1 400 000	Osterreich	164 000
England	1 170 000	Jugoslawien	154 000
Italien	570 000	Kanada	88 000
Polen	320 000	Rumänien	84 000
Ver. Staat'n	246 000	Belgien	40 000

## Neueste Meldungen.

Hilfe für die Kleinrentner in Bayern.

München. Nachdem das Reich den bayerischen Brotpreis billigungsantrag zugunsten der Minderbemittelten abgelehnt hat, haben die Koalitionsparteien des bayerischen Landtages nun einen neuen Antrag eingebracht, welcher die Erhöhung der Bezüge der Kleinrentner durch das Reich, ferner die Einleitung einer neuen großen freiwilligen Hilfsaktion für die Kleinrentner und Minderbemittelten in ganz Bayern und die Einsetzung eines Betrages von zwanzig Millionen Mark in den bayerischen Staatshaushalt zur Alibierung der Not der Kleinrentner und Minderbemittelten fordert.

Die Ausgabensteigerung in den Ententeländern.

London. Der Schatzkanzler erklärte im Unterhause, Englands Ausgaben seien zwar 50% so groß als in der Vorkriegszeit, aber die Steigerung der Ausgaben gegenüber 1914 betrage bei Amerika das Fünffache, Frankreich das Dreifache und Italien das 9/10-fache.

Kammissar in der Tschechoslowakei.

Prag. Der Präsident der Republik hat den wegen Teilnahme am Dezemberputsch 1920 Verurteilten in großem Umfang Amnestie bewährt, die bis auf geringfügige Ausnahmen eine fast vollständige Aushebung der wegen des Dezemberputsches verhängten Strafen bedeutet.

Die russischen Kirchenschätze für die Hungersenden.

Moskau. Das Präsidium des allrussischen Volkswirtschaftsrats hat den Volkskommissar für Sozialwesen beauftragt, für die nächste Sitzung einen Entwurf betreffend die Abgabe der Kirchenschätze und das Hilfswert für die Hungersenden vorzubereiten. Die Hauptverantwortung der Weislichen von Rostow-on-Don hat auf Antrag des Erzbischofs bereits beschloffen, alle wertvollen Gegenstände der Kirchen und Klöster des Bistums dem Hilfswert auszuhandigen.

## Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Ein Fragezeichen über die gestrige Reichstags-Sitzung.

Paris, 16. Febr. (tu.) Im Echo de Paris schreibt Verlax über die gestrige Reichstags-Sitzung, das Kabinett Würth hat die gestrige Sitzung überlebt, es ist wohl eher durch die Stimmabstimmung gerettet worden, als durch die Unterstützung.

Balfour — Nachfolger Lord Georges?

Paris, 16. Febr. (tu.) Balfour ist gestern dem englischen König empfangen worden und hat mit dem Monarchen eine aufschlussreiche Unterredung gehabt. Man bringt diese Unterredung mit der Möglichkeit in Verbindung, daß Balfour als Nachfolger Lord Georges ausersehen sei, wenn auch gesagt wurde, daß Balfour dem König ausführlich über die Ergebnisse der Washingtoner Konferenz berichtet habe.

Italien gegen die Verschiebung der Konferenz von Genua.

Paris, 16. Febr. (tu.) Der italienische Botschafter in London De Martino hat gestern im Foreign Office Lord George die Versicherung abgegeben, daß die italienische Regierung Bonomi nicht beabsichtige, eine Verschiebung der Konferenz von Genua vorzuschlagen, daß das Kabinett im Gegenteil beabsichtige, alles mögliche zu tun, um die Eröffnung der Konferenz von Genua am 8. März zu ermöglichen.

## Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 16. Februar.

Der neue Brot- und Mehlpreis.

Die Verteuerung des Brotes ist eine Auswirkung des Versailles-Vertrages, der dem Feindbund das Recht der Einmischung in das Finanzgebaren des Deutschen Reiches gibt und mit Hilfe dessen die Entente jetzt darauf dringt, daß das Reich die bisher zur Verbilligung des Auslandsbrotgetreides gezahlten Milliarden zur Deckung der Reparationskosten verwendet. Der geforderte Abbau der Reichszuschüsse für das Brot zeigt mit trauriger Deutlichkeit unsere ganze wirtschaftliche Notlage. Wir sind arm und machtlos zugleich, wir müssen parieren, wenn die Feindstaaten befehlen. Der Brotpreis muß deshalb gezwungenermaßen nach oben schnellen. Die Verteuerung des Brotes wird zwar von der Bevölkerung mit ganz allgemeinem Mitleidensgefühl auf die heimischen Erzeuger abzuwälzen versucht werden. Demgegenüber sei aber ausdrücklich nochmals auf die oben gemachten Feststellungen verwiesen. Der Feindbund will es und wir müssen uns in unserer heutigen Lage dem Nachspruch der Entente restlos fügen.

Der Ernährungsausschuss des Kommunalverbandes des Reichen Stadt und Land beschäftigte sich gestern nachmittag in einer Sitzung im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft mit der Neujustierung der Mehl- und Brotpreise.

Herr Amtshauptmann Dr. Sievert wies zunächst auf die Notwendigkeit der abermaligen und zugleich erheblichen Verteuerung des Brotes und Mehles infolge der Ententesforderungen und anderes ab so tief gesunkenen Geldwertes hin. Im Hinblick auf diese beiden maßgebenden Faktoren hat man sich entschließen müssen, die Preise für Getreide ganz erheblich zu steigern, zwar für die Tonne Roggen von 2700 M bisher auf 5250 M jetzt, für die Tonne Weizen von 2900 M bisher auf 5675 M jetzt, das ist fast das Doppelte als wie bisher. Die Kostenaufstellung für den Produktionsgang bis zu den Mühlen sind im wesentlichen schon die vorher bestehenden geblieben, bis auf den Mahlohn und die Berechnung der Umfahrsteuer. Die letztere war mit 2 Prozent in Ansatz zu bringen, da aller

Voraussetzt nach mit der Festlegung der Steuer in dieser Höhe ab 1. Januar 1922 rückwirkend zu rechnen ist. Der Mahlohn war von den Mühlen in Höhe von 300 M für den Doppelzentner gefordert worden. Der Vertreter der Mühlen begründete diese Forderung damit, daß der Fuhrlohn und alle anderen Nebenarbeiten, Futtermittel usw. ganz erheblich in Preise gestiegen sind. Die Amtshauptmannschaft sowohl als wie auch der Ernährungsausschuss konnten sich der Forderung der Mühlen in solcher Höhe nicht ganz anschließen. Vom Amtshauptmann Dr. Sievert wurde insbesondere darauf verwiesen, daß ein höherer reiner Mahlohn nirgends anderswo in einem Kommunalverband bestehe, daß, wenn man einen reinen Mahlohn von 275 M (bisher 200 M) pro Doppelzentner gewähre, darin schon die Kosten aus den gestiegenen Fuhrlohn usw. mit enthalten seien. Wenn in anderen Amtshauptmannschaften bzw. Kommunalverbänden der Fuhrlohn wirklich höher sei, dann bestehe dafür dort der Mahlohn nur 200 M. Es komme also dieser Ausgleich auf eins heraus. Für Anfuhr- und Goblehgebühr wurde den Mültern eine kleine Aufbesserung bewilligt. Vom Vertreter der Mühlen genossenschaftlichen wurde eingelangt dargelegt, daß der Mahlohn von 275 M zu niedrig sei, noch dazu, da der Fuhrlohn nicht erhöht worden sei. Er vermöge nicht diesem Sage zuzustimmen. Kläglich wurde von ihm die Frage eines Fuhrstreiks der Mühlen erörtert, der in den Kreisen der Mühlen erwogen worden sei. Von der Ablehnung des Mahlohns durch die Mühlen wurde vom Ernährungsausschuss Kenntnis genommen. In die Kalkulation wurde dann eine Ausgleichsgebühr von 7,50 M pro Doppelzentner eingefügt, die zum etwaigen Ausgleich weiterer Erhöhungen für Kohlen, Löhne usw. verwendet werden soll. Der Badlohn für die Bäder hat nur eine geringe Veränderung erfahren in Anbetracht dessen, daß der Badlohn erst vor drei Wochen neu festgelegt worden ist. Der Badlohn beträgt vom 20. Februar ab 149,80 M pro Doppelzentner gegen 100,44 M am 10. Dezember 1921. Nach der Kalkulation ab 20. Februar stellt sich die Brotpreis-Kalkulation folgendermaßen:

90 Teile Roggenmehl a 100 Kilo 646,00 M	= 581,40 M
10 Teile Weizenmehl a 100 Kilo 696,00 M	= 69,60 M
Badlohn	= 149,80 M
Summa 800,80 M	

Ein Doppelzentner Brotmehl ergibt 71 1/2 Brot zu je 1000 Gramm, demnach kostet ein solches Brot 11,20 M oder 5,90 M für 1000 Gramm Brot. Zusammen kosten ab 20. Februar 60 M bei einem Gewicht von 70–75 Gramm. Die Weizenmehlpreise, die die Bäder und Rehbändler fordern dürfen, betragen ab 20. Februar 1922 beim Bezugs von weniger als 20 Kilogramm für Roggenmehl 7,25 M für 1 Kilo, für Weizenmehl 8 M für 1 Kilo. Hervorzuheben ist, daß Meisen mit seinem Brotpreis von 11,20 M für das 1900-Gramm-Brot mit an der Spitze marschiert in bezug auf dessen niedrigen Stand. Großenhain hat einen Brotpreis von 11,50 M, Döbeln 11,80 M, Osdag desgleichen, Vauhen 12,50 M und Dresden 14 M. Vom Amtshauptmann wurde darauf hingewiesen, daß dieser günstige Stand des Brotpreises nur erreicht werden konnte infolge vorsichtiger und genauester Kalkulation, und zwar, ohne daß dabei auf das Gewerbe irgendwelcher Druck ausgeübt worden wäre. Die Kalkulation des Brotpreises wurde schließlich vom Ernährungsausschuss mit Ausnahme des Vertreters der Mühlen genossenschaftlichen gutgeheißen.

□ Die Not der Zeitungen wächst sich allmählich zu einer öffentlichen Gefahr aus, die jeden Augenblick zur Katastrophe nicht allein für den Fortbestand der Zeitungen, sondern für unser ganzes politisches und wirtschaftliches Leben werden kann. Neben der Steigerung der Arbeitelöhne wachsen die Preise für die notwendigen Materialien ins Ungeheure. Ramentlich sind es die Papierpreise, von denen man bis jetzt geglaubt hat, daß sie eine Steigerung nicht mehr ertragen könnten, die aber dennoch weiter in die Höhe gehen sollen. Während das Zeitungsdruckpapier in Friedenszeiten das Kilo 20 bis 21 Pfennige kostete, zahlte man jetzt bereits 7,30 Mark pro Kilo. Demnach ist fast der Papierpreis um eine weitere Mark steigen, und zum April rechnen eingeweihte Kreise mit einem Papierpreis von 11 bis 12 Mark, also das Sechsfache. Daß bei einem solchen Stand der Dinge viele Zeitungsbetriebe schon auf der Strecke geblieben sind, ist ohne weiteres verständlich, ebenso, daß die bisher mühsam existenzfähig gebliebenen das gleiche Schicksal droht. In dieser unaussprechlichen Vernichtung eines Kulturaktors und einer Notwendigkeit im Staatsleben liegt aber, wie gesagt, eine solche Gefahr für das Gemeinwesen, daß die zuständigen Behörden je eher, je besser an Abhilfe denken müssen.

— Hausbesitzer, bestreut die Fußwege! Zur Vermeidung von Unglücksfällen sei erneut auf die den Hausbesitzern und Hausverwaltern obliegende Pflicht, die Bürgersteige zu bestreuen, hingewiesen. Trotz andauernder amtlicher Hinweis läßt die Befolgung dieser Vorschrift leider noch mancherlei zu wünschen übrig. Hausbesitzer und Hausverwalter sehen sich dadurch nicht allein polizeilichen Strafen, sondern auch den oft ganz beträchtlichen zivilrechtlichen Ansprüchen verunglückter Personen aus. Peinlichste Ausübung der Streupflicht ist gerade bei der jetzigen Witterung geboten.

— Weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Im Januar ist die Zahl der Arbeitslosen weiter gestiegen. Der Bestand am Ende des Monats ist um 2000 größer als im Anfang. In erster Linie ist die Verschlechterung durch die ungnüßliche Witterung hervorgerufen, die das Baugewerbe und damit zusammenhängende Berufe zum Aussetzen zwang. Ferner beeinträchtigte der vom 19. bis 26. Januar dauernde Streik der Dresdener Eisenbahner die Versorgung der Fabriken mit Kohlstoffen und Kohlen und veranlaßte zahlreiche Betriebs einschränkungen.

— Wann kommen die neuen Großmünzen? Es ist die irrümliche Meinung verbreitet, die neuen Großmünzen im Werte von 1, 2, 3 und 5 Mark seien bereits in Arbeit und würden demnach ausgegeben werden. Mit einer Ausgabe vor etwa einem Vierteljahre ist aber kaum zu rechnen, da zur Zeit noch Erörterungen im Reichsministerium schweben, welche Metallkomposition gewählt werden soll.

— Die fortschreitende Verelendung der Kleinrentner. Der soeben erschienene Jahresbericht des Vereins der Klein- und Mittelrentner Sachsen gibt ein geradezu erschütterndes Bild von der derzeitigen wirtschaftlichen Lage des weitaus größten Teiles der Klein- und Mittelrentner. Wie groß die Not in den Kreisen der Rentner ist, geht daraus hervor, daß die Zahl der bei dem Verein Schutz und Hilfe suchenden Kleinkapitalrentner von 18000 im Jahre vorher auf 25000 im Jahre 1921 angewachsen ist. Unter diesen Mitgliedern befinden sich: 3600 Einzelpersonen mit jährl. Einkommen bis nur 1000 M.

4000	"	"	"	"	"	1500
3700	"	"	"	"	"	2600
2200	"	"	"	"	"	2500
1600	Chepaars	"	"	"	"	2000
1500	"	"	"	"	"	3000

**□ Zur Steuerereinsparigung.** Für die Abgabe der Einkommensteuererklärung für 1921 ist an erster Stelle zu beachten, daß über das Einkommen des Steuerjahres 1921, d. i. des Kalenderjahres 1921, Auskunft gegeben werden soll. Es muß dies ausdrücklich betont werden, da demängelt worden ist, daß die Änderungen der Einkommensteuernovelle vom 20. 12. 21 noch nicht berücksichtigt seien. Es ist dabei übersehen, daß nach Art. 2 der Novelle deren abgeänderte Bestimmungen, abgesehen von den Vorschriften über den Lohnabzug, mit dem 1. 1. 22 mit der Maßgabe in Kraft treten, daß die Einkommensteuer für das Steuerjahr nach den bisherigen Vorschriften veranlagt wird. Erklärung und Veranlagung haben also nach den früheren Bestimmungen zu erfolgen. Jedoch wird die so veranlagte Einkommensteuer nur für die Zeit vom 1. 4. bis 31. 12. 21 erhoben, da mit dem 1. 1. 22 in wesentlichen Punkten abweichende Bestimmungen in Geltung treten sind. Auch bezüglich des Kreis der Erklärungspflichtigen bestehen irrthümliche Auffassungen. Die Personen, die im Kalenderjahr 1921 ein Einkommen von mehr als 24000 Mark bezogen haben, haben die Einkommensteuererklärung in jedem Falle abzugeben, auch dann, wenn sie einen amtlichen Vordruck nicht erhalten haben. Personen, deren Einkommen weniger als 24000 Mark betragen hat, haben eine Erklärung nur dann abzugeben, wenn ihnen ein amtlicher Vordruck zugeht.

**— Altkennerschaft.** Am 13. und 14. Februar fand unter Vorsitz des Ministerialrates, Herrn Prof. Dr. Rosenmüller, an der Höheren Lehranstalt für Verkehrsbeamte, die mündliche Reifeprüfung von 28 Abiturienten statt. 27 Prüflinge bestanden und kommen damit in den Besitz des ehemaligen Ein.-Freiw.-Zeugnisses. Es erhielten in den Sitten 25 I, 1 Ib; in den Wissenschaften: 1 Ib, 4 IIa, 5 II, 7 Ib, 8 IIIa, 4 III. Die Abiturienten haben fast ausnahmslos schon Anstellung gefunden; 4 von ihnen treten in die neugegründete Obersekunda über, um sich die Reife für Unterprima zu erwerben. Als Vertreter der Eisenbahnenverwaltung war erschienen: Herr Oberregierungsrat Hoffmann; als Vertreter der Schulkommission wohnten der Prüfung bei: Herr Bürgermeister Just und Herr Dr. med. Buchardt. Für Ökonomie noch Plätze im Internat frei.

**— Hainichen.** Der „Hainicher Anzeiger“ gibt bekannt: „Infolge Kohlenmangels — hauptsächlich verursacht wegen zu geringer Zuweisung durch die Ostkohlenkette — sehen wir uns gezwungen, bis auf weiteres unseren Druckereibetrieb Dienstags und Donnerstags zu schließen. Wir bitten unsere Leser, das Ausbleiben des „Hainicher Anzeigers“ an diesen Tagen zu entschuldigen. Wir werden alles aufbieten, um sobald als möglich wieder einen geregelten Betrieb aufrecht zu erhalten.“ — Auch ein Zeichen der besonderen Zeitungsnot.

**— Döbeln.** In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde über den Ausbau des früheren Lazarettes der 189er zu Wohnungen gesprochen. Die Kosten betragen über 900000 Mark, wodurch 29 Wohnungen geschaffen werden. Der jährliche Mietzins für jede dieser Wohnungen beträgt etwa 1000 Mark.

**— Chemnitz.** Im hiesigen Thaliahaus hielt ein Gesangverein ein Vergnügen ab, an dem auch ein junger Mann teilnahm, der vor längerer Zeit vor Schreck die Sprache verloren hatte. Der Betreffende kam nun im Saale zu Fall und legte sich dabei einen Arm aus. Dieser an sich belanglose Unfall sollte ihm aber zum Glück werden, denn durch den neuen Schreck erlangte er seine Sprache wieder.

**— Leipzig.** Ueber einen Auffehen erregenden Fall, der aber nach der näheren Aufklärung bedarf, berichtet die „Leipziger Neue Zeitung“. Darnach soll die 23-jährige Tochter einer Leipziger Familie von ihren Eltern, die sich ein ärztliches Attest zu verschaffen gewünscht hätten, auf Grund dieses Zeugnisses in die Irrenanstalt am Windmühlenweg gebracht worden sein. Erst nach sechs Tagen sei es dem Mädchen, das nicht geistesgestört, aber mit ihrem Eltern wegen eines Liebesverhältnisses, das sie gegen den Willen der letzteren unterhalte, zerfallen sei, mit Hilfe ihres Bruders und ihres Bräutigams gelungen, die Freiheit wieder zu erlangen.

## Nah und Fern.

**□ Wucherklage gegen die Reichsgetreidekasse.** Wegen Wuchers und Preisdrückerei hat der Landbund der Provinz Sachsen Strafanzeige gegen die Reichsgetreidekasse erstatten lassen. Der Anzeige soll folgender Sachverhalt zugrunde liegen: Die Reichsgetreidekasse vertreibt Getreide aus der Zeit der Zwangsversteigerung. Das Korn wurde feinerzeit mit 65 Mark für den Zentner bezahlt. Die Reichsgetreidekasse kaufte die Getreide zu 37,50 Mark für den Doppelzentner und verkauft sie jetzt mit 320 Mark. Sie nimmt also fast 1000 Prozent für sich in Anspruch.

**□ Ein früherer Großherzog als Kothelfer.** Während des Eisenbahnstreiks betätigte sich der ehemalige Großherzog von Mecklenburg-Schwerin als Mitglied der Technischen Rothhilfe, indem er mit seinem Auto den Dienst als Wohaushelfer auf der Strecke Schwerin-Ludwigslust besorgte und den Adressaten ihre Briefe zustellte.

**□ Neue deutsche Petroleumfunde.** Im Kreise Bledede sind Petroleumquellen von angeblich bedeutender Ergiebigkeit entdeckt worden. Eine starke Erdölader soll von Dahlenburg über Ellringen-Loserglobe nach Buchdorf an der Elbe führen, eine zweite aber auf der anderen Seite der Elbe im Amt Rehanau verlaufen. Zur Ausbeutung haben sich zwei Konsortien gebildet, die mit den in Betracht kommenden Gemeinden Nutzungsverträge abgeschlossen haben. An den Stellen, wo der Erdölbrunnen am härtesten auftritt, ist mit der Errichtung von Bohrtürmen begonnen worden.

**□ Eisenbahnräuber.** Der Überwachungsstelle der Braunschweig-Magdeburger Eisenbahndirektion gelang es, in Ringelheim eine eisenbahnräuberbande aufzulösen. Beteiligt waren ein Eisenbahnsekretär, ein Rangierführer, ein Bahnsteigschaffner und acht Arbeiter, von denen vier Betriebsräte sind. Ein erhebliches Warenlager gestohlener Güter wurde beschlagnahmt. Die Bande hat monatelang die Eisenbahnzüge der Strecke Magdeburg-Braunschweig betraubt.

**□ Eine Olfabrik eingeweiht.** Die Olfabrik Fahrnhof wurde samt den ausgedehnten Anlagen durch ein Großfeuer vollkommen eingeweiht. Der Millionen Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

**□ Straßenbahnunglück in Dalmatien.** Auf der ver-eisten Strecke Ragusa-Grabosa (Dalmatien) entgleiste ein Wagen der Straßenbahn. Er raste die steile Straße hin-ab und zerfiel an einer Mauer. Der Wagenlenker und vier Studenten blieben auf der Stelle tot. 16 Fahrgäste wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

**□ Der Segen des Schnees.** Im ganzen Gouvernement Nord in Rußland ist starker Schneefall eingetreten, der eine wesentliche Besserung der Ernteaussichten bedeutet.

## Welt und Volkswirtschaft.

### Was kosten fremde Werte?

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder russische Kronen, 100 schweizerische, belgische und französische Francs, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ = angeboten; „Geld“ = gesucht).

Erfahrungslage	15. 2.		14. 2.		Stand 1.9. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Dolland .. Guld	7482,50	7497,50	7442,55	7457,45	173 27.
Dänemark .. Kron.	4139,85	4139,15	4098,40	4095,60	112 ..
Schweden .. Kron.	5244,75	5255,25	5179,30	5190,20	112 ..
Norwegen .. Kron.	3344,15	3350,85	3278,70	3283,30	112 ..
Schweiz .. Franc	8901,05	8905,95	8898,10	8903,90	72 ..
Amerika .. Doll.	100,30	200,20	199,30	199,70	4,40
England .. Pfd.	874,10	875,90	877,90	879,40	20,20
Frankreich .. Franc	1733,25	1738,75	1723,25	1728,75	80 ..
Belgien .. Franc	1653,30	1658,70	1638,35	1643,65	80 ..
Italien .. Lire	977,50	979,50	952,00	954,00	80 ..
Österr. .. Kron.	6,48	6,47	6,38	6,37	85 ..
Ungarn .. Kron.	80,39	80,94	81,06	81,14	85 ..
Tschechien .. Kron.	875,10	878,90	877,10	877,90	..

**Berlin, 15. Februar.** (Stand der polnischen Mark.) Valenmarkt an der heutigen Börse mit 6,92 Pf. bewertet.

**\* Berliner Produktenbörse vom 15. Februar.** Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, märkischer 465-470, pommerscher 463-465, schlesischer 460-462. Weiz. Roggen, märkischer 455.

dit 553, pommerscher 550-553, ostpreussischer 340. Weiz. Sommergerste 338-339. Weiz. Winter 335-338, hinterpommerscher 325-328, schlesischer 335, weipreussischer 330-333. Weiz. Mais ohne Procentenanlage loco 534 bis 536, Februar 328-332 ab Hamburg. Weiz. Weizenmehl pro 100 Kilogramm 1180-1220, beste Marken 1185. Weizenmehl pro 100 Kilogramm 920-970. Weiz. Roggenmehl pro 100 Kilogramm 235-260. Weiz. Weizenkleine 255-260. Weiz. Roggenkleine 255-260. Weiz. Weizen 780-800. Weiz. Weizen 740-750. Weiz. Gerste, Brau- 510-550, kleine Weizen 410-450, Futtererbsen 375-380. Weizen 410-440, Ackerbohnen 370-380. Weizen 560-600. Lupinen, blaue 330-350, gelbe 430-450. Serradella, neue 610-630, 1920er 400-450. Rapspflanzen 330-345. Weizen 525-550. Weizen 250-255. Vollwertige. Weizen 810-825. Weizen 810-825.

**\* Stilllegung von Zigarettenfabriken.** Aus Berlin wird berichtet, daß die großen Berliner Fabriken Ransoh, Jofetti, Muratti, Venetti, Rai-Rah und Garbaty ihre Produktion eingestellt haben. In den letzten Monaten haben die Fabriken mit Hochdruck gearbeitet und eine riesenförmige Menge Waren auf den Markt gebracht. Jetzt wurde mitgeteilt, daß der Steuerantrieb eine Abänderung der Zigarettensteuer um 30 Prozent für die wohlfeileren Sorten beschlossen habe. Dies veranlaßt angeblich die Händler, mit Bestellungen zurückzuhalten. Auch in Hannover, Breslau, Dresden und anderen Städten ihren Betrieb ein. Die Beschäftigten werden Arbeiter müssen zu drei Vierteln ihres Gehalts vom Reich unterhalten werden, weil sie am 1. Januar 1919 bereits in der Industrie tätig waren.

**\* Argentinien kauft deutsche Schiffe.** Reuters meldet aus Buenos Aires, die argentinische Regierung habe beschlossen, von Deutschland zehn Schiffe von je 500 Tonnen und acht weitere Schiffe von je 185 Tonnen anzukaufen. Sie sollen als Hilfschiffe für die Marine Verwendung finden.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Die Freitaler Lohndrücker vor Gericht.**  
Am 9. Dezember vergangenen Jahres war es vor den Siemenswerken zu Freital-Döhlen zu einem geradezu unglücklich frechen und verwegenen Raubüberfall gekommen, der ein großes Schlaglicht auf die Sicherheitsverhältnisse in dieser so belebten Industriegegend warf. In jenem Tage brachten drei Beamte des genannten Werkes den für die große Arbeiterzahl erforderlichen Lohn. Während der eine Beamte mit 9000 M. unbekleidet den Betrieb erreichte, wurden die beiden anderen Beamten abgeführt und der Geldbeutel geraubt, in der sich fast eine Viertelmillion Mark Lohngebelde befanden. Dieser Lieber-Soll bildet heute den Gegenstand der Verhandlung vor dem Dresdener Schwurgericht. Die Anklage richtet sich gegen den 1899 zu Gittersee geborenen Bauarbeiter Walter Fritz Hölzel, den aus Caputh gebürtigen Maschinenarbeiter Johannes Dator Dandke, den Gärtler Karl August Reimann aus Almenau und den Landarbeiter Friedrich Karl Richter aus Bornshald, sämtlich seit Rente Dezember in Untersuchungshaft befindlich. Die Angeklagten gehörten zu der von dem Kommunisten, Christlicher und Arbeiterführer Karl Robert Plätner organisierten Räuberbande, letzterer ist übrigens vor anderthalb Wochen mit seinem Stab in Halle festgenommen worden. Hölzel war mit dem Anführer Plätner auch an dem Dresdener Bankraub beteiligt, der am 3. Juni verübt worden ist.

Die Verhandlung, die wegen Gefährdung der Staatsinteressen teilweise unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, konnte noch abends zu Ende geführt werden. Die Geschworenen bejahten sämtliche Schuldfragen und verurteilten auch bei Hölzel und Dandke die milderen Umstände. Das kurz vor 6 Uhr verkündete Urteil lautete demnach bei Hölzel und Dandke auf je 5 Jahre Zuchthaus, bei Reimann und Richter auf je 3 Jahre Gefängnis.

### Was muß jeder vom Steuerrecht wissen?

In heuiger Zeit, wo für jeden Staatsbürger die Steuern eine so überaus wichtige, wenn auch nicht immer gerade eine angenehme Rolle spielen, wird mancher das Bedürfnis haben, sich über das Wesen der verschiedenen Steuern und den Inhalt der zahlreichen Steuererlasse näher zu informieren. Wir möchten deshalb nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß neuerdings in dem „Adler-Verlag“, G. m. b. H., Weizen, unter dem Titel „Was muß jeder vom Steuerrecht wissen?“ eine Broschüre vom Rechtsanwalt Dr. jur. Köstler, Chemnitz, zu wohlfeilem Preise erschienen ist, die in allgemeinverständlichen Abhandlungen die wichtigsten Bestimmungen der Steuererlasse, sofern diese für jeden einzelnen besonders Interesse haben, kurz, doch erschöpfend berührt und in bequemer Weise mit den mitunter für den Laien nicht leicht verständlichen Gesetzesworten vertraut macht. Im gleichen Verlage sind noch weitere Steuererläuterungen erschienen, z. B.:  
Wie reklamiert man gegen Steuerveranlagung?  
Geschäftsverluste und Steuern.  
Verteuerung nach den Steuererlassen.  
Wie kann man Steuern sparen?  
Das Reichsmotopfer.  
Die Wochenschriften sind von erfahrenen Steuerfachverständigen, die nicht in der Amtsstube sitzen, sondern in der Praxis stehen, verfaßt. Preis jeder Broschüre 6 M.

**Gasthof Blankenstein.**  
Nächsten **Sonnabend** den 18. Februar  
**Karpfenichmaus mit darauffolgendem Ball.**  
Für ff. Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt.  
Es laden freundlichst ein **Max Richter und Frau.**  
Für Rückfahrt nach Wildruff ist gesorgt. 2003

**Frische, Dresden-Löbtau,**  
Grumbacher Straße 20 pt. (ab Burgstraße)  
7 Minuten vom Kaiserhof.  
Elegante Samtporanzüge, pa. feldgraue Hosen und Winterjoppen, Arbeits- und bessere Hosen in größter Auswahl. Demnächst Eintreffen neuester Moden in Sommerjoppen, pa. Loden (grün sport), Zellbahn, Khaki usw. Pa. verarbeitete Anzüge hell und dunkel. Schauen Sie den Weg nicht, keine Niesenspesen, billige Preise! 1000

**Oswald Mensch Nachf.**  
Inh. Emil Mensch  
Rosschlächterei, Pferdgeschäft u. Spelawirtschaft  
Potschappel, Turnerstraße 10 2103  
Fernsprecher Amt Dauben 785  
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.

**Ihr „Tageblatt“ bringt Ihnen**  
täglich nachmittags die neuesten Meldungen aus aller Welt. Es bietet Ihnen Belehrungs- u. Unterhaltungsstoff. Bewahren Sie ihm dafür die Treue als Abonnent und empfehlen Sie den Bezug des „Tageblattes“ bei Ihren Freunden und Bekannten.

**Gleichstrom-Motor,**  
11 PS., 220 V., verkauft **Töpfer, Zanderode 25.**  
Frischer **Seefisch** eingetroffen. **ff. Fettpöcklinge** **Walter Riemann,** Rosenstraße. 2003  
Besucht bald oder später **Hausmädchen** Fahrt wird vergütet. 2007  
Direktor **Boldt,** Köhgenrode, Köhstr. 8/4. Fernruf 271.

**Raucher sparen Geld,**  
wenn dieselben meine Rauchtabelle direkt ab Fabrik beziehen. Versende franco einschließlich Verpackung gegen Nachnahme:  
8 Pfd. 8 Pfd. 8 Pfd. 8 Pfd. 8 Pfd.  
200 M. 240 M. 280 M. 320 M. 400 M.  
in erstklassiger, reiner Qualität, auf Wunsch in den einzelnen Sorten sortiert.  
**Tabakfabrik W. Hoffer, Düsseldorf 325,**  
Friedrichstraße 108-112 100

**Die älteste Rosschlächterei**  
Speisewirtschaft und Pferdegeschäft im Plauenischen Grunde  
Inhaber: **Kurt Hering, Freital-Potschappel**  
Tharandter Str. 25 Fernruf Amt Dauben 151  
kauft lauf. Schlachtpferde zu allerhöchster Preisen.  
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle

**Ein Bravo**  
dem Einsender des Eingangs „Beamtenbesoldungsreform“ betreffend. **Sugo Lohner.**